

Übersetzte Presseerklärung, verbindlich ist das englische Original:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/07/five-things-you-should-know-cubas-11-july-protests/>



Photo by YAMIL LAGE/AFP via Getty Images

11. Juli 2022

Fünf Dinge, die Sie ein Jahr nach den Protesten vom 11. Juli in Kuba wissen sollten

Der 11. Juli markiert den ersten Jahrestag der massiven und symbolträchtigen Proteste in Kuba. Ein Jahr danach sollten Sie fünf Dinge darüber wissen, was seitdem passiert ist und warum wir aufmerksam sein müssen.

1. Die Proteste waren ein verzweifelter Schrei nach Veränderung im Land.

Am 11. Juli 2021 gingen in **Dutzenden von Städten spontan Tausende von Kubaner*innen** auf die Straße, um zu protestieren, so viele wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Menschen nahmen an den Protesten teil, um eine Änderung der Lebensbedingungen in Kuba zu fordern. Die Proteste richteten sich nicht nur gegen die Knappheit von Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Medikamenten, die ständigen Stromausfälle und den Mangel an Elektrizität, sondern auch gegen die restriktiven Maßnahmen der Regierung zur "Kontrolle" der Covid-19-Übertragung sowie gegen die historische Repressionspolitik des Staates, die seit Jahren die Meinungsfreiheit und das Recht auf friedliche Versammlung verletzt.

2. Obwohl die Demonstrationen friedlich verliefen, reagierten die Behörden mit Repressionen und Kriminalisierung in unterschiedlichem Ausmaß gegen fast alle, die sie bei den Protesten antrafen.

Während der Proteste und in den Wochen danach nahmen die Behörden **willkürlich Hunderte von Menschen in Haft**, ohne ihre Familien über ihren Verbleib zu informieren, hielten Aktivist*innen und

unabhängige Journalist*innen unter extremer Überwachung und schnitten der Bevölkerung den Zugang zum Internet ab.

3. Die kubanischen Behörden unterdrückten die Proteste mit altbewährten Taktiken der Kontrolle.

Eine der wichtigsten Taktiken der Behörden zur Unterdrückung der Proteste und um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, waren willkürliche Verhaftungen. Die Situation des Künstlers und Menschenrechtsverteidigers Luis Manuel Otero Alcántara, einer der sechs Personen, die im vergangenen Jahr zu gewaltlosen politischen Gefangenen ernannt wurden, ist ein Beispiel für diese Taktik: Er wurde festgenommen, nachdem er angekündigt hatte, sich den Protesten anzuschließen, und wurde fast ein Jahr später zu fünf Jahren Haft verurteilt, nur weil er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hatte.

Diese Taktik, Kritik an der Regierung zum Schweigen zu bringen, ist nicht neu, sondern spiegelt vielmehr die jahrzehntelange repressive Politik der kubanischen Behörden wider. Neben willkürlichen Verhaftungen gehören zu diesen Taktiken auch die Unterbrechung von Internetdiensten, Verstöße gegen ein ordnungsgemäßes Verfahren, Misshandlungen und unfaire Prozesse hinter verschlossenen Türen. Wie wir im November 2021 im Zusammenhang mit den Protesten vom 27. November dokumentiert haben, setzen die kubanischen Behörden zu diesen Zwecken auch ständige Einschüchterung und Überwachung durch Sicherheitsbeamt*innen ein. Ihre Versuche, verschiedene Stimmen zum Schweigen zu bringen, gehen so weit, dass sie die Freiheit gegen das Exil setzen (eintauschen), wie es bei Esteban Rodriguez und Hamlet Lavastida der Fall war, die von Amnesty International ebenfalls zu politischen Gefangenen erklärt wurden.

4. Die kubanische Regierung behauptet fälschlicherweise, ihre Maßnahmen seien rechtmäßig.

Obwohl die kubanischen Behörden mit dem Völkerrecht unvereinbare Straftatbestände (wie "Störung der öffentlichen Ordnung", "Verachtung" und "Anstiftung zu einer Straftat") zur Kriminalisierung der Protestierenden verwendet haben, bestehen sie darauf, dass die Art und Weise, in der sie die Proteste unterdrückt haben, angemessen war. Präsident Miguel Díaz-Canel selbst rief die "Verteidiger*innen des Regimes" dazu auf, gewaltsam gegen die Menschen vorzugehen, die sich den Demonstrationen auf der Straße angeschlossen hatten, denn nach der offiziellen Version der Ereignisse untergruben die Proteste "die verfassungsmäßige Ordnung und die Stabilität" des sozialistischen Staates. Die Fakten sprechen jedoch für sich: Es ist bekannt, dass derzeit mindestens 701 Personen ihrer Freiheit beraubt sind, nur weil sie ihre Unzufriedenheit mit der Situation im Lande zum Ausdruck gebracht haben.

5. Die internationale Gemeinschaft prangert weiterhin den besorgniserregenden Mangel an Meinungsfreiheit in Kuba an.

Trotz intensiver Bemühungen von Regierungen und internationalen Organisationen weigert sich die kubanische Regierung jedoch, internationale und unabhängige Menschenrechtsorganisationen ins Land zu lassen, um die Menschenrechtsslage und insbesondere die Situation der willkürlich Inhaftierten zu dokumentieren.

Obwohl sich die Bedingungen in Kuba auch ein Jahr nach den Protesten nicht verbessert haben, sind Geschichten bekannt geworden, die den mutigen Widerstand von Hunderten von Aktivist*innen, Journalist*innen, Angehörigen von zu Unrecht inhaftierten Demonstrant*innen und Menschen aus allen Gesellschaftsschichten zeigen, die ihre Stimmen vereinigt haben, um weiterhin für ihre Rechte zu kämpfen. Die Mütter der Opfer haben virale Videos erstellt, in denen sie die Behörden zum Handeln auffordern, um die tiefe wirtschaftliche Krise des Landes zu lösen. Angehörige sind angesichts von willkürlichen Verhaftungen, Drohungen und Geldstrafen standhaft geblieben. Journalist*innen und Aktivist*innen haben ihre Häuser verlassen, um ihre Aufgabe, die Rechte zu verteidigen und zu schützen, weiterhin wahrzunehmen.

Der Jahrestag des 11. Juli erinnert uns daran, dass die freie Meinungsäußerung und die Ausübung der Menschenrechte in Kuba Realität sein könnten. Wir bekräftigen unsere Aufforderung an Präsident Díaz-Canel und sein Kabinett, Repression durch Dialog zu ersetzen und pluralistische und partizipatorische Räume zu fördern, in denen das kubanische Volk gemeinsam über die Zukunft seines Landes entscheiden kann, wobei der Schutz der Menschenrechte eine Priorität darstellt.

Bis es diese Zukunft gibt, wird Amnesty International nicht aufhören, diejenigen zu verteidigen, die ihre Stimme erheben, um sie aufzubauen.